

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt · Amtsblatt der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannegeorgensstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärner, Aue, Erzgeb.
Fernspreck · Anrufkarte: Aue 81, Löbnitz (Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Weihnachten und Heiligabend.
Wochensatz: monatlich 1.20 durch die Postämter.
Jahressatz: 12.00 durch die Postämter.
Wochensatz: im Einzelverkauf der Nummer der 1. Klasse 20 Pf., der 2. Klasse 15 Pf., im amtlichen Zeitungsdruck 1.40 Pf., im Einzelverkauf der Nummer 1.20 Pf.
Verlags-Adresse: Aue Nr. 12/23.

Wochensatz: monatlich 1.20 durch die Postämter.
Jahressatz: 12.00 durch die Postämter.
Wochensatz: im Einzelverkauf der Nummer der 1. Klasse 20 Pf., der 2. Klasse 15 Pf., im amtlichen Zeitungsdruck 1.40 Pf., im Einzelverkauf der Nummer 1.20 Pf.
Verlags-Adresse: Aue Nr. 12/23.

Nr. 25.

Freitag, den 31. Januar 1919.

72. Jahrg.

Durch die Verordnung des Gesamtministeriums vom 27. Januar 1919 ist der Schluss der Abstimmungszeit für die Wahlen zur Volkshammer der Republik Sachsen auf 7 Uhr abends festgesetzt worden.

Die in Nr. 18 des Erzgeb. Volksfreunds vom Donnerstag, den 23. Januar 1919 abgedruckte Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 23. Januar 1919 wird deshalb dahin abgeändert, daß die Wahlhandlung um 9 Uhr vormittags zu beginnen hat und um 7 Uhr nachmittags zu schließen ist.
Schwarzenberg, am 30. Januar 1919. Die Amtshauptmannschaft.

Polizeistunde.

Die Amtshauptmannschaft Grünhain hat für den Abend des Wahltages zur Sächsischen Volkshammer, den 2. Februar 1919, auf Grund von § 3 Absatz 2 der Bundesratsverordnung vom 21. Dezember 1918 die Polizeistunde für alle Schankwirtschaften und Vereinsräume des Regierungsbezirks auf 12 Uhr abends festgelegt.

Sinschlich der Theater, Lichtspiele und sonstigen Vergnügungsfestlichkeiten verbleibt es bei der allgemeinen Polizeistunde von 10 Uhr abends.
Aue, Eisenbach, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, am 29. Januar 1919. Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und die Stadträte der vorgenannten Städte.

Elektrizitätsversorgung Aue.

Mit dem heutigen Tage wird der Verwaltung des Gaswerkes die Verwaltung der städtischen Elektrizitätsversorgung übertragen. Wir bitten, alle Anfragen und Meldungen hinsichtlich der Elektrizitätsversorgung ausschließlich an die Verwaltung der städtischen Gas- und Elektrizitätsversorgung Aue, Wettersstraße 69 Fernruf Nr. 70 (Elektrizitätsversorgung Aue) richten zu wollen.
Der Rat der Stadt.

Löbnitz.

Die Wahl zur Volkshammer der Republik Sachsen am Sonntag, den 2. Februar d. S. findet nach neuerlicher Ministerialverordnung statt von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr (nicht bis nachmittags 8 Uhr).
Löbnitz, den 29. Januar 1919. Der Rat der Stadt.

Offiziere.

I. Auf dem Boden der Revolution treiben Thronen, Verdrängungen und Wägen mehr denn je ihre Willen. Von Anfang an haben die deutschen Offiziere besonders darunter zu leiden, die gewissermaßen vogelfrei waren. Obstere Zeitungsschreiber konnten, ohne daß man ihnen von irgend einer Seite entgegengetreten wäre, ihre Ehre belächeln, Berliner Wintertageungen und -zeitschriften lebten von dem elen Gewerbe, Säbel von Urart über sie auszugeben. Im Soldatenkreise wurden Einzelfälle — Pflichtvergeßene gibt es im Offiziersstande wie in jedem anderen Stande — aufgespaßt und verallgemeinert, und das liefe wankelhasse und sensationenlustige Publikum, das einen Trüffelknaben braucht, ergriß die Gelegenheit ausgiebig, seinerlei Volksgenossen mit Dreck zu bewerfen, denen es vor und während des Krieges mit ganz anderen Gefühlen entgegengetreten war, und die es auf den Händen getragen hätte, wenn Deutschland Sieger geblieben wäre.

Gewohnte Zurückhaltung und mangelnde Organisation ließen die Offiziere gegenüber den ungewohnten Anwürfen zunächst schweigen. Dann traten Offiziersverbände ins Leben, welche die Verteidigung des Standes übernahmen. Und jetzt, Wochen nach der Niederwerfung des Berliner Spartakusaufstandes, die — was schamhaft verschwiegen wurde — ohne die Hilfe der Offiziere nicht gelungen wäre, findet sich sogar ein Mitglied der Regierung, das den Mut hat, öffentlich einzusehen, wenn auch nicht „warm“, so doch wenigstens „lau“ Range für die Offiziere zu brechen. Unserem eng- und andernmann Roste, der während seiner Fronttruppen schon Gelegenheit hatte, die deutschen Offiziere zu Lande und zu Wasser näher kennen und schätzen zu lernen und der ihre Dienste während der Revolution als Oberbefehlshaber in den Marken in weitem Maße in Anspruch nahm, war dies vorbehalten. Wie unsere Leser aus der gekl. Nr. des „E. V.“ wissen, fand er einige Worte der Anerkennung für die Offiziere vor dem nicht gerade dafür empfänglichen Tribunal der Großberliner Soldatenräte, die es — ne! — nicht bemerkt — für angemessen hielten, unter einem roten Banner zu stehen, welches der Peterburger Soldatenrat zu diesem Zwecke gestiftet hatte. Daß Roste bei dieser Gelegenheit andeutete, die Autorität der Offiziere gegenüber der Truppe sei derjenigen der Soldatenräte überlegen, — eine Unsinnsaussage, die jedem ehrlichen Soldaten geläufig und durch die Erfahrungen tausendmal bestätigt worden ist —, darauf soll hier nochmals hingewiesen werden.

Roste fand in dem sozialdemokratischen Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium Göhre einen Sekundanten, der während des Krieges wie zahlreiche andere hervorragende Sozialdemokraten zum Offizier des Verlaubtenhandes befördert worden war, also einige einwandfreie Erfahrungen haben wird. Göhre verglich etwas grob aber richtig eine von Soldatenräten tatächlich geführte Truppe mit einer Hammelherde.

Auch der von dem „E. V.“ gleichfalls gestern veröffentlichte Aufruf des Generalkommandos der deutschen sozialistischen Republik (gez. Cohen-Rose und Roste) zeigt, daß die Reichsregierung jetzt auch vor der Dementlichkeit aufgibt, daß

es ohne Offiziere nicht geht. Denn die Formationen, die den wehrhaften Deutschen dort zum Eintritt anempfohlen werden, unterstehen tatsächlich ausschließlich Offizieren des alten Heeres.

Ob diese regierungsseitige Rehabilitierung des Offiziersstandes — die zugleich eine solche der Unteroffiziere ist — von Dauer sein wird, wird die Zukunft lehren. Sollte es nicht der Fall sein, so wird jedenfalls die Offiziere und Unteroffiziere keine Schuld treffen. Pflicht des Publikums und der Presse ist es, den genannten Ständen neues Vertrauen entgegenzubringen und nicht mehr mit dem Überfliegen auch von Roste zurückgewiesenen Unmenschen treiben zu gehen, Offiziere und Unteroffiziere seien die Träger einer reaktionären Revolution. Sie stellen sich von neuem dem Vaterlande zur Verfügung, um noch zu retten, was zu retten ist. Das sollte auch von verdienstvollen Gegnern endlich anerkannt werden.

Die vorläufige Reichsgewalt.

Berlin, 29. Jan. W.T.B. meldet: Um den Ausplauderern, welche auf unanständigen Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung folgenden Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung, sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf eines Beschlusses der Zustimmung des Staatsauschusses. In dem Staatsauschusse hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme, wobei ein Ueberstimmungsrecht der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer Million gleichgerechnet wird. Demgemäß sind im Staatsauschusse vertreten Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2, Estland und die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Stimme. Den Vorsitz im Staatsauschusse führt ein Mitglied der Reichsregierung. Wenn Reichs-Deutscher sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatsauschusse mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit verordneter Stimme teil. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatsauschusse nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschließung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsauschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort gleichzeitig das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden. Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsauschusse zustande. Ist eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21—23 der bisherigen Reichsverfassung entsprechend Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reichsoberhauptrecht zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzuschließen, sowie die Gesandten zu entsenden und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichs-

gesetz. Sobald das Deutsche Reich einem Bölkerbunde mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, beschließen alle Verträge mit den im Bölkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsauschusses. Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1—4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Heeresleitung unterstellt sind. Die Reichsminister sind für ihre Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung verpflichtet.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Abbau der Arbeitslöhne.

Berlin, 29. Jan. Wegen Kohlenmangel haben verschiedene Werke der hannoverschen Industrie ihren Betrieb stilllegen müssen. Die hannoversche Maschinenbau-A.G. in Linden, die weitaus den größten Kohlenverbrauch von allen hannoverschen Werken hat, hat vom letzten Freitag ab vorübergehend den größten Teil ihres Betriebes einstellen müssen. Der Vorwärts bemerkt zu dieser Mitteilung, daß eine Katastrophe im deutschen Wirtschaftsleben unausweichlich werde, wenn es nicht gelingt, die Kohlenförderung zu steigern. Die Bergarbeiter sind verblendet, wenn sie die Verantwortung nicht fühlen, die sie auf sich laden. Im Zusammenhang damit ist es von Interesse, daß die Funktionäre und Arbeiter der sozialdemokratischen Mehrheitspartei nach einer Besprechung über die Wirtschaftslage eine Entschlüsselung gefordert haben, in der sie zum Ausdruck bringen, daß die in Deutschland zu zahlenden Arbeiterlöhne so abzubauen seien, daß sie den Löhnen der mit Deutschland konkurrierenden Länder entsprechen. Nur so könne die deutsche Industrie mit Erfolg gegen die ausländische Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten. Die Preise für Lebensmittel und Rohstoffe müßten so herabgesetzt werden, wie es der Lage des Weltmarktes entspreche.

Das Endergebnis der preussischen Wahlen.

Berlin, 29. Jan. Das Endergebnis aus den Wahlen zur preussischen Landesversammlung liegt nunmehr nach nicht amtlichen Mitteilungen vor. Lediglich das Wahlergebnis aus dem Wahlkreis 8 Vosen mit 21 Mandaten fehlt noch und konnte bisher nicht festgestellt werden, da seit gestern mittag jede telefonische Verbindung mit Vosen gestört ist. Von den 401 Mandaten entfallen auf die sozialdemokratische Partei 142, auf die christliche Volkspartei 87, auf die deutsche demokratische Partei 61, auf die deutschnationale Volkspartei 41, auf die unabhängige sozialdemokratische Partei 26, auf die deutsche Volkspartei 18 Mandate. Außerdem haben erhalten die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokraten im 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein) 1 Sitz, die Welfen im 15. Wahlkreis (Münster-Stadt-Deinabrunn) 2 Sitze und im 16. Wahlkreis (Hannover-Hildesheim-Lüneburg) 4 Sitze.

2. Februar: Wahltag für die Sächsische Volkshammer. Wählt Deutsch-Demokratisch! Liste Günther, Posern, Banghammer, Vietel usw.

Wien. Ein Schwindler in Uniform verfuhr in den letzten Tagen dieses Monats zu Wien. Er gab an, die Hauptquartiere der Unteroberbefehlshaber zu sein...

Chemnitz. Hier gibt es zurzeit 13.500 Arbeitslose. Davon sind etwa 8000 männliche und 5500 weibliche Arbeiter. Dresden. Die Unabhängigen haben hier eine eigene Druckerei gekauft und werden ein eigenes Organ unter dem Titel 'Die Dresdener Internationale' herausgeben...

Bittau. Die Ankunft französischer Truppen war für Freitag in Bittau angekündigt worden, eine Nachricht, die auch außerhalb des Grenzgebietes ziemlich Aufsehen erregt hat. Am Empfang der heimwärtskehrenden Offiziere hatten sich auf dem Bahnhofsplatz eine stattliche Anzahl tschechischer Soldaten...

Neues aus aller Welt.

Mahlkurium. In der schlesischen Glatzer Ackerbau ist bei der Wahl zur Nationalversammlung der wohl einflussreichste Teil zu verzeichnen, das alle 33 gültigen Stimmen auf eine Liste, die der Deutschnationalen Volkspartei, abzugeben wurden. Die Parteien hatten diese Gemeinde bei der Wahlpropaganda ganz vergessen.

Arbeitslosenforderung. Im Namen von 100.000 Arbeitslosen verlangte eine Kommissionsversammlung in Wien eine Arbeitslosenunterstützung von jährlich 15 Kronen. Demgegenüber proklamirte der Bürgermeister in einer Versammlung die Pflicht zur Arbeit und wies darauf hin, daß sich in der Gemeinde Wien statt der benötigten 100.000 Schneeschaufeln nur 700 zur Verfügung gestellt hätten.

Letzte Drahtnachrichten

des Erzgebirgischen Volksfreundes.

Das Schicksal der Kolonien.

Paris, 30. Jan. Die Besprechungen über die unterhalb Europas eroberten deutschen Gebiete sind morgen fortgesetzt werden. Neuer Teil über ihren Inhalt nichts r. In letzter Zeit aber als sehr bedeutungsvoll. Außerdem demontiert Reuters die Behauptung, daß zwischen der britischen Regierung und den überseeischen Dominions Meinungsverschiedenheiten beständen. Es herrsche vielmehr völlige Übereinstimmung unter den Delegierten.

Annahmehaltung des Berliner A. und S. Rates.

Berlin, 30. Jan. Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte hat einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Forderungen der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte angenommen, welche die Reichsregierung aufzufordern, sich für eine Verankerung der gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenräte in der Verfassung während der Krawallwoche zu verpflichten. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, dieser Aufforderung Folge zu geben. Sie sandte dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte ein Schreiben, in welchem es heißt: Nach dem Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte sind wir für unsere Tätigkeit zwischen Arbeiter- und Soldatenräten nicht verantwortlich. Der Kongreß hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Vollzugsrat übertragen, in dessen Einvernehmen wir bei den Maßnahmen zur Verfestigung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir den Anforderungen Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zur Verankerung ihrer Tätigkeit nicht entsprechen. Die Verankerung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat abgelehnt worden, damit die deutsche Sicherheit in Berlin wiederhergestellt werde.

Gegen die Kommunisten usw.

Budapest, 30. Jan. Der Arbeiterrat hielt am Dienstag Abend eine Sitzung ab, in welcher folgender Antrag angenommen wurde: 1) Die Anhänger der Kommunistenpartei werden aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, und wenn sie die Ordnung stören auch aus den Gewerkschaften. Dem Arbeiterrat können sie nicht angehören. 2) Die Regierung möge mit den energigsten Mitteln gegenrevolutionäre Bestrebungen entgegenzutreten und die Führer der Gegenrevolution und alle Schuldbenen des alten Systems mit unarmherziger Schonungslosigkeit vor Gericht stellen. Die Regierung möge auch den Freischaßern, Kettenhändlern und Warenversteckern gegenüber die schonungslosesten Mittel zur Anwendung bringen.

Die heftigsten Wahlen.

Darmstadt, 30. Jan. Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur heftigsten Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31, Zentrum 13, deutsche Volkspartei 7, deutsche demokratische Partei 13, Unabhängige 1, heftigste Volkspartei 5 Sitze.

Was bleibt da die Freiheit.

Gotha, 30. Jan. Der A. und S.-Rat Gotha hatte dieser Tage an die Angehörigen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Witten vertritt, wegen der deutsch-demokratischen Partei in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten Protest erhob.

Dieses Telegramm, welches die steigende Verunsicherung der Gothaer Bürger zeigt, wurde von den beiden Senatoren, die der Gothaer Rat der Volksbeauftragten auf dem letzten Telegramm angenommen hatte, aufgegeben und später auf Befehl der Gothaer Volksbeauftragten diesem ausgeliefert. Dasselbe Schicksal erfuhr eine ähnliche Protestdepesche der deutsch-nationalen Partei. Welche Proteste wurden jedoch der Regierung auf anderem Wege übermittelt. Die Gerüchte, daß es in Gotha zu Unruhen gekommen sein soll, bekräftigen sich nicht.

Einstufige Beschuldigungen Deutschlands.

Berlin, 30. Jan. 'Tempo' bringt auf Grund eines Interviews mit dem estnischen Außenminister Gosta die Meldung, daß die deutschen Truppen vor der Roten Armee zurückgewichen seien, die deutschen Behörden systematisch die Bewaffnung der estnischen Armee verhindert hätten, indem sie das nicht abtransportierte Kriegsgut entweder zerstörten oder an die Bolschewiki vertrieben und daß die estnische Regierung ohne Geld sei. Gegenüber dieser Meldung wird sehr festgestellt, daß Herr Gosta sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes im Namen der neugebildeten estnischen Regierung der deutschen Verwaltung erklärte, daß die deutschen Truppen Estland zu verlassen hätten. Da gleichzeitig der Ankauf von Lebensmitteln für die deutschen Truppen von den Esten verhindert wurde, mußte sofort mit der Räumung Estlands begonnen werden. Die Absicht der deutschen Behörde, die Bewaffnung der in Estland befindlichen estnischen Truppen durchzuführen, konnte nur zum Teil ausgeführt werden. Die estnische Regierung hat nicht nur beträchtliche Mengen Kriegsgut, sondern auch bedeutende Geldmittel von den deutschen Behörden erhalten.

Ein agrarischer Gesehenswurf.

Berlin, 30. Jan. Der Vorsitzende des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle stellt die Verfassung eines Gesetzentwurfes über Landflucht vor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten müsse. Ferner würden die Güter eingezogen, welche von Kriegsgewinnlern gekauft seien, die in den letzten 20 Jahren den Besitzer mehrfach gewechselt hätten, ferner die schlecht bewirtschafteten und weiterhin die, deren Besitzer nicht selbst wirtschaften, schließlich die aus Danerngütern zusammengesetzten.

Gegen die Loslösung der Rheinlande.

Bonn, 30. Jan. Hier fand gestern Abend eine außerordentliche Versammlung statt, in welcher Redner aller Parteien sich energisch gegen eine Loslösung der Rheinlande von Deutschland erklärten.

Neue Erpressungsversuche.

Wie der 'Welt. Zig.' berichtet wird, fordert der norwegische Steuerminister, daß Deutschland für jeden während des Krieges getöteten Steuermann 50000 Kronen Schadenersatz zahlen solle. Bevor die Schweiz bezahlt sei, mössen die norwegischen Exzelle keine Lebensmittel nach Deutschland fahren.

Reichsregierung und Kolonien.

Berlin, 30. Jan. Obwohl die Meldungen über die Absichten der Alliierten auf die deutschen Kolonien keineswegs amtlichen Charakter haben, lassen sie doch, wie die 'Deutsche Wtg. Zig.' halboffentlich schreibt, mit einiger Gewisheit darauf schließen, daß bei den künftigen britischen und französischen Staatsmännern die Absicht besteht, eine Wiedererlangung Deutschlands in seine kolonialen Rechte zu verhindern. Demgegenüber müsse die deutsche Reichsregierung erneut darauf hinwirken, daß die Alliierten Vorschläge zur Regelung der kolonialen Frage auch von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen worden seien. Für Deutschlands Ausschließung vom kolonialen Besitz liegt keinerlei Grund vor. Die Behauptung, Frankreich könne seinen kolonialen Besitz zu U-Bootstationen und Flottenstützpunkten benutzen, entspreche jeder Begründung. Die Meldungen ausländischer Mäxter, daß auch Wilson dem Vorstoß der Alliierten zugestimmt habe, dürfte nicht den Tatsachen entsprechen. Es sei nicht anzunehmen, daß Präsident Wilson seine eigenen Grundgedanken preisgibt.

Neue Weisheit des 'Vorwärts'.

Berlin, 30. Jan. Im 'Vorwärts' wird unter der Überschrift 'Was jetzt gehen werden muß, um rasch Brot zu schaffen', geschrieben: Es handelt sich um schnellste Bereitstellung neuer Anlaufstufen im großen Stil, um unseren Nahrungsmittelbedarf zu erweitern und um den Hauptteil der jetzt brachliegenden Arbeitskräfte bringend zu beschäftigen, sowie möglichst rasch ernterbringendes Ackerland bereitzustellen und schon für die nächste Ernte Parzellen zu schaffen. Sobald genügend Land aufbereitet ist, muß an die Herstellung der neuen Bauernstellen gegangen werden.

Einigung mit den Seelenen.

Berlin, 30. Jan. Der Zentralrat der Redner stellt mit, daß heute in eingehenden Beratungen zwischen der Vertretung der deutschen Redner und den Vertretern sämtlicher sozialistischen Berufsverbände eine Einigung über die Aufgabe erzielt worden sei, die eine ungestörte Zufuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk ermöglichen soll.

Was wird dabei herauskommen?

Um die Lebensverhältnisse Deutschlands menschenfreundlich zu gestalten, will angeblich das erste amerikanische Studienkommission, die überall mit den führenden deutschen Persönlichkeiten in Tätigkeit tritt. Die wichtigsten Besatzungskorps sollen durch die Entente abgelöst werden.

Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ungarn.

Die ungarische Regierung hat ein Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Ungarn erlassen, wonach diesen volle Autonomie für Innenverwaltung, Unterweisung und Rechtspflege zugesichert wird. Die deutsche Sprache bleibt Verkehrssprache; eine deutsche Nationalverwaltung wird in autonomen Angelegenheiten als geschäftliches Organ fungieren.

Sammlung wird in autonomen Angelegenheiten als geschäftliches Organ fungieren.

Kurze Drahtnachrichten.

Berlin, 30. Jan. Die Reichsregierung plant die Schaffung eines neuen Arbeitsstammes. Sie hat die zuständigen Minister der Einzelstaaten deshalb zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Berlin, 30. Jan. Unterstaatssekretär Bernheim aus dem Reichsfinanzamt ist zur Besprechung von Finanzfragen gestern nach der Schweiz gereist. Durch den eingetretenen Frost ist der Kohlentransport von Oberschlesien erheblich gestört. Die Kohlennot ist dadurch vergrößert.

Stuttgart, 30. Jan. Die Landesserversammlung der mit 102 gegen 24 Stimmen den Antrag angenommen, wonach die provisorische Regierung, die ihre Tätigkeit zur Verhängung teils, beauftragt wird, die ihre Geschäfte weiterzuführen.

Bromberg, 30. Jan. (Kuttisch.) Am 20. Januar wurde Grützel, Wunschheim, Jaroschin und Groß-Gomolken von ungarischen Truppen genommen. 2 Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden eingebracht.

Die freiwillige Einmütigkeit Hofbach vom Grenzschutz Ost geriet am Dienstag mit der polnischen Bevölkerung von Kulmbach bei Grauberg in einen Kampf. Nach Artillerievorbereitungen wurde Hofbach im Sturm genommen.

Danzig, 30. Jan. Die Nachrichten von der Räumung Sibons bekräftigen sich nach Meldungen des Gouvernements Sibons nicht. In der Stadt herrscht völlige Ruhe. Die Lage an der Front kann mit Aussicht betrachtet werden. Die Nachricht von der Räumung Sibons ist höchstwahrscheinlich verbreitet worden, um den Nachschub von Kriegsmaterial und Truppen nach der Front zu unterbinden.

Düsseldorf, 30. Jan. Die Regierung beschloß sofort mit Arbeiten zum Ausbau und zur Unterhaltung des Antwerpener Hafens zu beginnen. Es ist dafür eine Summe von 50 Millionen Francs vorgesehen.

Amsterdam, 30. Jan. In einem Brief über die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung schreibt 'Times' zu wünschen einen bindenden und dauernden Frieden und es liegt in aller Interesse und es ist unsere Pflicht, ihn dadurch zu fördern, daß wir die neuen Wahlen in Deutschland so früh wie möglich in jeder möglichen Weise anerkennen.

Paris, 30. Jan. 'Matin' veröffentlicht ein Telegramm Ganlings vom 21. Dezember v. J. an die Vertreter der Vereinigten Staaten in Europa, welches die Vertreter der Vereinigten Staaten auf, sich bei den Regierungen zu erkundigen, ob diese bereit seien, sofort Maßnahmen zu treffen, um die Urheber der terroristischen Verbrechen in Russland zu bekämpfen.

Paris, 30. Jan. Eine Konferenz der Vorstände der französischen Handelskammern, der auch die estnischen Handelskammernpräsidenten beizwehnen, nahm eine Entschließung an, daß Frankreich die Handelsfreiheit wieder einführen, jedoch dabei die Auslieferung der Wladimir bekräftigen sollte.

Paris, 30. Jan. 'Matin' zufolge wurden bei griechischen Offizieren und Soldaten bolschewistische Manifeste beschlagnahmt. Die Regierung läßt diese Truppen mit besonderer Strenge überwachen.

Paris, 30. Jan. Die Alliierten erfahren aus Lissabon, daß die republikanischen Truppen die Monarchisten gegen Magalhães verfolgten. Republikanische Truppen wurden gegen Coimbra und La Davae entsandt.

Kurszettel

der Erzgebirgischen Bank, G. G. m. b. H.

24.1.19		23.1.19	
Dresdener Bank	145.-	140.-	132.25
Reichsbank Notgeld	123.-	121.50	120.-
Sächsische Banknoten	123.-	121.50	120.-
Bayrischer Noten-Alt.	94.25	92.75	87.50
Österreichischer Noten-Alt.	95.25	92.50	87.50
Ungar. Noten-Alt.	177.-	175.-	145.-
Österreich. Anleihen	151.75	150.-	148.-
Österreich. Anleihen	185.75	181.50	174.25
Österr. Anleihen	170.-	168.-	166.-
Österreich. Anleihen	149.-	145.-	145.50
Österreich. Anleihen	155.50	150.-	149.25
Österreich. Anleihen	185.-	180.-	173.-
Österreich. Anleihen	167.-	160.-	150.-

Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedrich Wenzner, für den Anzeigenenteil: Heinrich Geibert, beide in Ruz, Erzgebirgs-Druck und Verlag von G. M. Witzner, Ruz, Erzgebirg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Rodelschlitzen

Buche, mit starkem Eisenbeschlag . . .	18 00
Eiserne Schlitzen	12 50
Eiserne Schlitzen mit Lehne	16.50, 14 50
Wärmflaschen, verzinkt	6 50
Leibwärmflaschen, verzinkt	3.95, 3 25

Kaufhaus Schocken

Erzgebirgische Bank. E. G. m. b. H. Schneeberg-Neustädtel • Hartenstein • Lauter i. Sa. • Aufbewahrung von Wertsachen.

Warum

haben die Wähler zur Nationalversammlung den alten rechtsstehenden Parteien (Deutschnationalen Volkspartei und Deutsche Volkspartei) ihre Stimme versagt,

warum

hat die Deutsche Demokratische Partei fast ebensoviel Mandate erhalten als das einst so mächtige Zentrum (jetzt Christlich-Demokratische Volkspartei)?

Weil die

Deutsch - Demokraten

die einzigen sind, die das Gebot der Stunde richtig erkannt und einen wirklichen freien Volksstaat aufzurichten wollen.

Wählt deshalb am 2. Februar zur sächsischen Volkskammer die

Liste: Günther, Posern, Langhammer, Diel et usw.

Erzgebirgs-Zweigeverein Ostlema.

Zu der am 23. d. M. stattgefundenen Jahresversammlung (41. Vereinsjahr) wurde Punkt 4 der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes wegen zu geringem Besuche abgelehnt. Es ist beschlossen worden, den Vorstand später zu wählen. Die Tätigkeit des Vereins ruht bis dahin. Die Mitgliedsbeiträge werden ebenfalls später erhoben, dagegen wird die Abgabe des Monatsbeleges 'Glückstau' nicht unterbrochen.

Neuanmeldungen an den Schriftführer, Herrn Hermann Breutel, Niederlehma erbeten. Erzgebirgs-Wanderkarten vorrätig! D. D.

Neue Unterrichts-Kurse

in all. Handelsfäch. als Buchführung, Maßnahmearbeiten, Stenogr., Regler, u. i. v. begl. Beginn Anfang Februar! Großw. Einzelunterricht, bequemste Zeitpunkte! Für Auswärtige den Jugoverb. entsprechende Unterrichtsgebühren! Bücherrevue Breitschuch, Neue, Weststraße 43, Telefon 725.

Vereinigung ehemaliger Realschul - Abiturienten.

Freitag, den 31. Januar 1919

Abschiedskommers

der dies. Abiturienten i. Hotel Stadtpark, Beginn 10 Uhr. Zahlreich. Erscheinen in Couleur erwünscht. Sonnabend, den 1. Februar 1919

Versammlung im Vereinsheim.

Beginn 8 Uhr. Es ist Pflicht eines Jeden, bestimmt zu erscheinen. Der Vorstand, E. Friedrich.

CARBID-ANUSLAMPEN

In betriebssicherer Ausführung CARBID in jeder Körnung, Brennstoff, Feuerzeuge, Elektrische Glühlampen 16. 25. 32. Kerzen.

Bley & Co. Schwarzembg., E.

Schwarzembg. 581b.

Elektrische Klimatechnik

Licht-, Kraftanlagen, Sicherungen, Nähnmaschinen u. Musikwerke repariert billigst. Monteur Hugo Schwabert, Lauer, Schwarzembg. 140 g. Komme auch a. auswärtig.

Wer den Militarismus beseitigen will, der muß den Frieden der Verständigung u. Versöhnung herbeiführen,

so schrieb am 18. Mai 1918 der demokratische Abg. Gothein in der „Neuen Freien Presse.“ Das ist erreicht: Die Vernichtung des Militarismus -- freilich nur des deutschen, und ein Friede der „Verständigung und Versöhnung“ -- wie unsere Feinde ihn diktieren!

Unser herrliches Heer hat man zerschlagen; wehrlos -- ehrlos, so stehen wir jetzt da.
Jedes glerige Natiönchen kann es wagen, uns Stücke aus dem Leibe zu reißen.

Wem haben wir das zu verdanken? -- Der Demokratie u. Sozialdemokratie. Ihre Programme führen zum Ruin des Volkes. Wer sein Volk retten will, der kann nur die deutschnationale Liste  **Beutler**  wählen.

Geschäftsstellen: Schneeberg, Gymnasialstraße 200 H. -- (Fernruf 218) -- Aue, Markt 14, III, I. Auskunftsstelle: Restaurant Siegel (Georgl). Täglich geöffnet von 5--7 Uhr. Fernruf 285.

Arbeiter
Beamte
Angeestellte
Landwirte
Gewerbetreibende
Industrielle

und alle anderen Stände

wählen

Deutschdemokratisch

weil die Vertreter dieser Richtung gerade aufrechte Männer sind, die sich zum Aufbau eines

Volkstaates

zusammengesunden, in dem jeder frei atmen kann und jeder Schaffensfreudige

beglücktes Leben

gewinnt.

Wählt deshalb am 2. Februar zur sächsischen Volkshammer die Liste

Günther, Rosern, Langhammer, Diebel usw.

Schneeberg.

Schneeberg.

Achtung.

Achtung.

Öffentliche Versammlung

der Sozialdemokratischen Partei

am Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr
in der „Goldenen Sonne“.

Tagesordnung:

„Die Sächs. Volkshammerwahlen“.

Freie Aussprache.

Redner: Herr Redakteur Meier-Chemnitz.

Die bürgerlichen Parteien, Männer und Frauen sind ganz besonders hierzu eingeladen.

Der Einberufer.

Alle Schuhmacher

Grünstädtel, Böhla, Globenstein,
Unter- und Oberrittersgrün,
Raschau, Wittweida-Markersbach,
welche selbständig arbeiten, werden zu einer

Versammlung

welche am Sonntag, den 2. Februar 1918, nachm.
3 Uhr, im **Waldhaus** zur grünen Wiese in
Grünstädtel stattfindet, hierzu höflich eingeladen.
Tagesordnung und Zweck derselben wird dortselbst
bekanntgegeben.

Einige Schuhmacher.

Niederschlesien.

Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr

in der „Centralhalle“

Öffentliche Wählerversammlung

Dr. ing. Ehard, Zwickau:

„Die künftigen Aufgaben Sachsens.“

Darnach freie Aussprache.

Darnach freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch aller Wähler und Wählerinnen erbitet
Der Deutschnationalen Volksverein Schneeberg-Neust. u. A.

Zschortau.

Große, öffentliche,
politische Volksversammlung

findet am Sonnabend, den 1. Februar, abends 7 Uhr,
im **Ballhaus** zum **Roth** statt.

Tagesordnung: 1. Die Gefahren d. Gegenrevolutionen.
2. Freie Aussprache.

Referent: Herr **Steinert** aus Chemnitz.

Arbeiter und Arbeiterinnen ersehen in Anbetracht
der Wichtigkeit obiger Tagesordnung in **Walden**.

Eintritt 10 Pf. Der Einberufer: **Willy Goldh.**

Geschäftseröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Schneeberg-
Neustädtel und Umgebung zur geill. Kenntnis,
daß ich in Schneeberg im Hause des Herrn
Küschnermeister **Hölzig**, Zobelgasse 141, eine

Korbmacherei

errichtet habe. Neuanfertigung und Aushesserung
von Korbwaren aller Art. Bestellungen auf Kar-
toffelkörbe werden schon jetzt entgegengekommen.

Um gütige Unterstützung seines Unternehmens
bittet hochachtungsvoll **Friedrich Mergner**,
Kriegsblinder, ausgeb. in der Landesblindenanst.

Erzgebirgische Bank Schneeberg-Neustädtel

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Hartenstein

Schneeberg

Lauter

Eröffnung laufender Rechnungen mit Kreditgewährung

Diskontierung von Wechseln und Schecks

Annahme von Spareinlagen zur günstigsten Verzinsung

An- und Verkauf aller Wertpapiere



Die von uns ausgegebenen „kleinen Schecks“ zur Behebung
des Kleingeldmangels werden an unseren Kassen jederzeit
eingelöst.



Frauenbund Lobnitz.

Öffentliche
Jahresversammlung

Freitag, den 31. Jan.

7 1/2 Uhr abends

im Deutschen Hause.

Tagesordnung:

- I. Jahresbericht.
- II. Kassenbericht.
- III. Entlastung des Vorstandes und der Rechnungsprüferinnen.
- IV. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüferinnen.

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten. Gäste sind willkommen.

Wiederverkäufer!

Swirne und künstliche Surwaren

kaufen Sie vorzuziehen bei

Oswald Wille, Buchholz, Begr. 1870.

National

sein heißt, seinem Vaterlande

mit Gut und Blut bis zum letzten dienen.

National

sein heißt, stolz auf sein Vaterland sein, ohne andere Nationen zu verachten, es zu lieben, seine Sprache, Sitten und Gebräuche fördern.

So hegt und pflegt die Deutsche Demokratische Partei Deutschstum und Nationalgefühl!

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.